

Ein Zuchthaus für Textilarbeiter

50 Weber sollen wieder entlassen werden — Mobilisiert zum Kampf!

Die Direktion der Dresdner Gardinen- und Spigen-Manufaktur hat wieder 50 Webern gekündigt. Die hunderttausend Verordnungen am letzten Sonntagabend wurden abgebrochen; unbedingt will die Direktion die 50 Weber auf die Straße werfen.

Die Direktion kann sich die Brutalität erlauben, hat sie noch vom Arbeiterrat, in dem die Reformisten den entscheidenden Ausschlag geben, und vom DAW keine ernstlichen Maßnahmen zur Mobilisierung der Belegschaft zum Kampf gegen die Entlassungen zu erwarten.

Wie ist die Lage in der Gardine? Seit vielen Monaten wird im wesentlichen nur noch ein, zwei und drei Tage gearbeitet. Hunderte von Entlassungen wurden bereits durchgeführt. Unter Durchbrechung der Arbeitsordnung wurde bei hundert Kollegen und Kolleginnen die Wöchige Kündigungsfrist auf einjährige herabgesetzt. Das Festhalten der Arbeit wird täglich vertagt. Um die zahllosen Arbeitsmaßnahmen zu verhindern, fehlt heute der Raum. Kränkel und rückenlos wurden vor mehreren Wochen den wegen Krankheit arbeitsunfähigen Kolleginnen und Kollegen die Entlassungspapiere zugestellt. Die paar Arbeitstage werden der Belegschaft zur Hölle gemacht. Mit zehntägiger Krankheit werden den jungen Kolleginnen durch die Fabrikanten die Rente und die Rente durch die Fabrikanten die Rente genommen. Die Rente ist in keiner Freiheit so weit, daß er nicht in den Arbeitslohn der Kolleginnen nach den Rente und Spigen herabfällt. Den Gardinen- und Spigenwebern wurde nur für den Tag, die jeder pro Woche erhält, entzogen. Dafür hat der Nationalisierungslager Reich an den zwei Wochen in den Arbeitslohn je ein Stück Brot an Aktien befristeten Jahren, so daß sich jetzt über dreihundert Weber an jedem Stück Rente erhalten. So sieht die Lage in der Gardine aus. Kurz, unbeschreiblich ist es, was sich die Belegschaft in der Gardine bieten lassen muß.

Jetzt sollen nun wieder 50 Weber auf die Straße liegen. Ohne Kampfmaßnahmen zu beschließen, nahm vorigen Sonntagabend eine Versammlung der Weber den Bericht über den Abbruch der Verhandlungen entgegen. Groß ist ihre Empörung gegen die erneuten Entlassungen. Doch der unheilvolle Einfluß des Sozialen Rädels und der reformistischen Betriebsräte steht und kämpft man es wieder, der wir immer alles in grobster Schamkeit, e. h. so wie es den Aktionären der Gardine beliebt ist.

Die Weber und alle anderen Kolleginnen und Kollegen müssen jetzt erkennen, daß der Weg der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer und Betriebsräte — das bewährte Rezept

vor dem Kampf. Die reformierten Abmüdigungsmethoden, der sogenannte Weg des kleineren Übels — zur vollständigen Verflüchtigung und Zermürbung, zur vollständigen Aufopferung der Belegschaft im Interesse des kapitalistischen Profites führt. Daran muß die Belegschaft die Konsequenzen ziehen; dabei darf sie sich nicht von irgendwelchen Scheinradikalen, betrügerischen Helfen eines Rechts und Richters irre machen lassen. Es gibt nur eins, Kampf mit den oppositionellen Betriebsräten für die Herstellung der Einheit der Belegschaft auf dem Boden des Programms der revolutionären Gewerkschaftsopposition. Gegen die

Entlassung der 50 Weber gilt es den Streikbeschluß zu befestigen. Deshalb ist die Wahl eines vorbereitenden Kampfausschusses, einer eigenen Kampfführung aus der Mitte der Weber, das oberste Gebot. Die gesamte Belegschaft muß gegen die Entlassungen mobilisiert werden. Das ist der einzige Weg, den die Belegschaft der Gardine gehen kann, wenn sie nicht langsam zugrunde gehen will. Nichts haben die Textilarbeiter in der Gardine zu verlieren, aber durch Kampf viel zu gewinnen. Einwärts unter reinen Banner der revolutionären Gewerkschaftsopposition.

„Der spricht wie ein Gyndifus“

Im September droht neuer Lohnraub für Tabatarbeiter

(Arbeiterinnenkorrespondenz 1403)

In dieser Versammlung hielt der Referat der Herr Kollege Weigert, Hauptvorsitzender des Tabatarbeiterverbandes, Bremen. Sein Thema lautete: Verhinderung über tarifliche Arbeitsverhältnisse, sowie die Ferienbezahlung. Nun zum

Betriebsraterversammlung, am Montag, dem 29. Juni 1931, 20 Uhr, im Keglerheim, Dresden, Friedrichstraße

Tagungsordnung:

- 1. Notverordnung, Sochsenrat und Dresdner Haushaltplan Referat: Gen. B. Siegel, MdL und M. Schneider, Stadtverordneter
- 2. Freie Aussprache und Beschlusfassung

Referat selbst. Nach langem Herumdröden um den Kernpunkt der Ferienbezahlung hat der Sochsenrat vor dieser Herr Hauptvorsitzender des Tabatarbeiterverbandes, wenn es den Umständen nicht gedenkt wird, vom Unternehmen dann auch nicht bezahlt zu werden braucht. Er wurde hierauf noch

beullidert und sagte, er hätte es für selbstverständlich gehalten, wenn die Bezahlung nach der 42-Stunden-Woche-Bezahlung mit 45 Stunden-Bezahlung erfolgt, auch die Ferien nach der Bezahlung geregelt werden. Somit wird durch die Sochsenrat für uns wiederum eine Verkürzung der Ferien befristet. Der Ferienlohnabend kommt vom Unternehmer in Betracht, bei den Ferienlohn, wird aber nicht bezahlt.

An der Diskussion beteiligten sich ausschließlich die Funktionäre, sowie ein SPD-Geselle. Die Kritik war ein sehr scharfe. Worte wie: „Der spricht wie ein Gyndifus an Arbeitgeberverband, aber nicht wie ein Vertreter der Arbeiter“, oder „Winkt der Gewerkschaften zu, für Verhinderung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu kämpfen“. Wir haben diesmal mit der Betriebsraterversammlung noch einmal Schweiß, für das nächste Jahr kann man sich nicht verlassen, wieder ein solche Witz aufstellen. Es ist kein Wunder, daß durch diese Arbeit die KGD hart wird! Die allerersten Ausführungen waren, der Hauptanlasser sollte nicht in die Betriebe gehen und dies den Mitgliedern unterbreiten. Sie als Funktionäre können sich das gar nicht getrauen; denn sie machen gewöhnlich, sie bekämpfen die Mitglieder aus dem Kopf. Der Kollege Köllner (Bevollmächtigter vom Metallarbeiterverband) muß wieder einmal die Situation retten, indem dieser den Beschluß machte, die Angelegenheit dem Schlichter zu überlassen. Der Kollege Kappold (Bevollmächtigter des Textilarbeiterverbandes und zugleich Verbandsleiter) mußte den Herrn Hauptvorsitzenden retten, indem er gegen den einen Kollegen sehr scharf vorging und sagte, weil er der Hauptanlasser zu einem Streik verurteilt hat. Hierauf sprach Kollege Kappold noch nach, den Kollegen Angst vor der KGD einzuflößen, indem er sagte, es sollte sich niemand wagen, in die KGD einzutreten, sie werde nicht von dem Unternehmen als Betriebsrat anerkannt. Wer sich zur KGD bekennt, der hat die Gewerkschaft ihre Pflicht auf. Man sieht das immer wieder, wie richtig die KGD und KGD die Gewerkschaftsbeziehung kennzeichnet als Blüthen der kapitalistischen Gesellschaft.

Im September läßt der Tarif ab. Durch die neue Notverordnung wird die Tabatarbeiterführung gefährdet. Es läßt sich nicht mehr gemacht werden für einen neuen Lohnraub. Die müssen deshalb jetzt in allen Tabatarbetrieben zum Kampf rufen. Es gibt nur ein Mittel: Streik gegen jeden Angriff der Kapitalisten. Kollegen und Kolleginnen, Diskutiert sofort in den Betrieben. Nehmt Stellung in den Verhandlungen und macht einen vorbereitenden Kampfausschuss. Jeden Angriff auf unteren Lohn, jeden Abzug müssen wir im Betrieb beantwortet mit Streik!

Die Urso mobilisiert gegen die soziale Reaktion

Am Sonntag den 21. Juni d. J. tagten in Sachsen 14 sozialpolitische Konferenzen, die von der Arbeitsgemeinschaft sozialpolitischer Organisationen einberufen waren. Die Konferenzen nahmen Stellung zu den unbeschreiblichen Abbaumassnahmen auf dem Gebiet der Sozialversicherung, zu den Auswirkungen der Notverordnung und lauten Beschlüsse zur Mobilisierung der wehrhaften Schichten gegen die soziale Reaktion.

Die Konferenzen waren besucht von 100 Delegierten aus 10 verschiedenen sozialpolitischen Organisationen, ferner kulturpolitische Organisationen und sozialpolitisch tätigen Einzelpersonen, wie Ärzte, Juristen und Krankenpfleger. Von den Delegierten waren 128 parteilos, 100 gehörten der KPD an und 4 Delegierte der SPD. Außerdem waren vertreten 4 Delegierte des kommunikativen Jugendverbandes.

Auf allen Konferenzen wurden Beschlüsse gefasst gegen die Notverordnung und gegen die soziale Reaktion einstimmig angenommen. Ferner pläniert Entschlüsse ein, die sich gegen das Verbot der Spartakade wenden. Überall wurde bekräftigt die Zusammenfassung aller sozialpolitischen Organisationen unter Führung der Urso. So beschloß der Kreisverein Selbstenergie mit 100 Mitgliedern auf der Konferenz in Chemnitz, sich der Urso anzuschließen. Solche Unterstützung wurde von den Delegierten die Notwendigkeit der Zusammenfassung zwischen Kreisvereinen und kommunikativen Gemeindefunktionen.

Überall wurden Kreisvereine der Urso neu gewählt und ihnen zur Aufgabe gestellt, die wesentlichen Schichten zum Kampf gegen weitere Verelendung, für die Gesundheit und das Leben der Arbeiterschaft zu mobilisieren.

Der empörende Gehaltsraub an den unteren Beamten!

Schonung der oberen Bürokratie

Nicht genug damit, daß die neue Notverordnung der Weining-Regierung den unteren und mittleren Beamten einen neuen Gehaltsabbau bringt, dieser Gehaltsabbau wird auch in der Weise vorgenommen, daß die oberen Beamten weitgehend gesont werden, währenddem den unteren Beamten ein viel größerer Teil ihres Gehaltes geraubt wird. Besonders die Bestimmung, daß das Kindergeld für das erste Kind wegfällt, trifft die unteren Beamten mit besonderer Härte.

Nachstehende Beispiele zeigen drastisch, wie furchtbar die Notverordnung die unteren Beamten trifft:

1. unterer Beamter und höherer Beamter mit je einem Kinde:

Einkommen	Bevorher		Nachher	
	Monatliche Bezüge ohne Kinderzulage	Monatliche Bezüge mit Kinderzulage	Monatliche Bezüge ohne Kinderzulage	Monatliche Bezüge mit Kinderzulage
Beamtergehilfe	170.—	150.—	9 1/2% = 7,50	10.—
Ministerialdirektor 1520.—	1500.—	1300.—	8 1/2% = 120.—	130.—

Dem Amtsgehilfen werden also 10,3 Prozent seines erdärmlichen Gehaltes geraubt, während dem Ministerialdirektor nur 8,55 Prozent abgezogen werden.

Weiter ist durch die Streichung der Kinderzulage für das erste Kind zu verzeichnen, daß der Beamte ohne Kinder nicht so schwer betroffen wird wie ein Beamter derselben Gehaltsstufe mit einem Kind. Die Bräutigamsregierung hat vor Monaten die Vermögenssteuer eingeführt, um angeblich die Bevölkerungszahl zu heigern. Durch die neue Notverordnung werden die Beamten, die Kinder haben, besonders betroffen. Der Gehaltsabbau ist für alle unter-

ren und mittleren Beamten unerträglich, besonders empörend ist aber der größere Raub an den Beamten, die Kinder zu ernähren haben.

Die Kommunistische Partei und die KGD wenden sich mit aller Kraft gegen den Gehaltsraub an den unteren und mittleren Beamten. Die am 20. und 21. Juni stattgefundenen Reichsfunktionärskonferenzen der KGD befaßte sich eingehend mit dem großen Elend der unteren Beamten und beriet den Weg zur Abhilfe. Es liegt im Lebensinteresse der Beamten, in enger Zusammenarbeit mit der KGD sich einzusetzen in die große Kampffront gegen die Notverordnung, gegen das Hungergeheim!

...wenn ihr nicht über die Notverordnung sprecht!

Das erklärte der Gewerkschaftsbund Jenste, Köhnhilf

Am Freitag den 19. Juni hatte die KGD in Köhnhilf i. G. in einer öffentlichen Versammlung ausgerufen mit dem Thema: „Die neue Notverordnung — Was will die KGD?“ Der Hauptreferent, ein besonders irruer Republikaner, hatte auf den Plakaten die Sätze geschrieben: „SPD-Arbeiter sind besonders eingeladen“ und: „Erhebt euch, ihr Arbeiter!“ Bereits eine Stunde vor Beginn der Versammlung hatten einige SPD-Funktionäre Ausschließung vor dem Lokal genommen, um die Arbeiter abzuhängen, die Versammlung zu besuchen. Nachdem diese Funktionäre ein-

Zehntausenden verhärmten Arbeiterinnen

raubt die Notverordnung trotz gezahlter Beiträge die Erwerbslosenunterstützung. § 107d der Notverordnung diktiert: „Verheirateten Frauen wird die Arbeitslosenunterstützung nur gewährt, soweit sie bedürftig sind.“

Erwerbslose Frauen

Macht Sturm auf den Stempelstellen! Mobilisiert zum Volkskampf gegen Notverordnung und Hungerelend!

geben hatten, daß die Arbeiter trotzdem die Versammlung besuchten, erließen der Weingeliste des Leberarbeiterverbandes, Jenste, im Lokal und verlangte von der Versammlungsleitung, das Thema zu ändern. Jenste verlangte, die neue Notverordnung von der Tagesordnung abzuhängen und nur zu sprechen über das Thema: „Was will die KGD?“ Sonst könne er nicht an der Versammlung teilnehmen. Um den Besuchen nicht die Gelegenheit zum Anreisen zu geben, wurde dies zugelassen. Nun erschienen unter Führung des Textilarbeiterbundes Weims und dem Leberarbeiterbundes Jenste etwa 20 SPD-Funktionäre.

Das Referat des Genossen Brattendorff: Kampf der KGD gegen die Weingeliste, wurde mit häßlichen Beifallsunterbrechungen aufgenommen. Die Ausführungen der Gewerkschaftsbund waren ein elendes Gesammel. Sie erklärten, der Referent hätte sich viel zu viel mit der „hohen Politik“ abgegeben, darüber zu diskutieren, seien sie nicht in der Lage. Das jetzt diese „Gehaltshüter“ in ihrem vollem Glanze. Nachdem der Kollege Jenste durchführte hatte, „Nach Kustand geben nur Schmeichelei“ mühte er sich nun den Köhnhilf Arbeitern lösen lassen, daß die SPD es gerade ist die alle Kapitalistgelehrten auf der Partei ausschließt. In letzter Zeit hat man erst einen Arbeiter

aus Köhnhilf, der mit dem Motorrad in der Samstagsmorgen aus der „Solidarität“ ausgeschloßen. Die Weingeliste Besonen war immer wieder: „Die Arbeiter wollen nicht kämpfen, damit will die Weingeliste ihre Verhältnisse verbessern. Die Weingeliste hat das Gegenteil gesagt. Immer mehr Arbeiter treten in Streik gegen den Lohnraub Jenste erklärte weiter: Die KGD könne überhaupt keine Kämpfe führen. Als Jenste lachte er an, den Verband der ausgeschloßenen Bauarbeiter. Genosse Brattendorff erklärte ihm, daß was der Verband der ausgeschloßenen Bauarbeiter geleistet hat, nämlich 4 und 6 Tage Ferien für jeden im kausgender Beschäftigten, das hat der Gewerkschaftsbund bis heute nicht fertig gebracht. Als der Kollege Br. dann noch mittelste, daß gerade Jenste es gewessen ist, der in Köhnhilf den Bauarbeitern die Ferien für ein Paar Scheile verhandelt hat, zeigte sich die Empörung der Versammlungsbesucher gegen die Bürokratie. Jenste ist sogar so weit gegangen, daß alle diejenigen Arbeiter, die mit dieser Regelung nicht einverstanden sind, sich auf einer Liste eintragen sollten, um sie gegebenenfalls der Firma anzuliefern.

Arbeiter von Köhnhilf! Jetzt aber Schluss mit dem Betrug und Lohnraub. Organisiert unter Führung der KGD die Kämpfe gegen die Weingeliste für Arbeit, Brot und Freiheit!

Hinein in die KPD!

Herrn- und Knaben-Kleidung, Herrenartikel
Tuchlager / Feinste Maßschneiderei
Berufs- und Sportkleidung eigener Anfertigung
Emil Hohlfeldt, Dresden-N. 6
Hauptstr., Ecke Dreikönigskirche, u. R. 14

Ämtliche Bekanntmachung!

Ottendorf-Ostritz
Freitag, den 26. Juni, abends 8 Uhr, Sitzung der Gemeindeverordneten im Rathaus.

Bevorzugt für Verkauf: Otto Hübner, Dresden; für 10 mit Wasser...
Hauptstr., Ecke Dreikönigskirche, u. R. 14